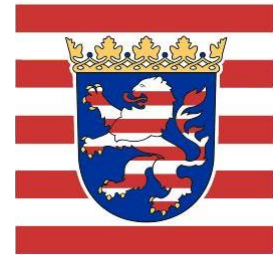




HESSEN



Bericht aus Brüssel

04/2024 vom 23.02.2024

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Institutionelles..... | 3 |
| Außen- und Verteidigungspolitik..... | 3 |
| Europäisches Parlament..... | 5 |
| Ausschuss der Regionen..... | 5 |
| Wirtschaft..... | 6 |
| Verkehr..... | 9 |
| Energie..... | 11 |
| Digital..... | 12 |
| Forschung..... | 12 |
| Finanzdienstleistungen..... | 13 |
| Finanzen..... | 14 |
| Soziales..... | 15 |
| Gesundheit und Verbraucherschutz..... | 16 |
| Umwelt..... | 18 |
| Landwirtschaft..... | 19 |
| Justiz..... | 20 |
| Inneres..... | 21 |
| Bildung und Kultur..... | 22 |
| Information, Kommunikation und Medien..... | 22 |
| Veranstaltungen..... | 23 |
| Vorschau..... | 24 |

Institutionelles

Kommission; Ausschreibung für Erinnerungs-Netzwerk für Holocaust-Gedenken gestartet

Die Kommission hat am 09.02.2024 einen Aufruf für die Ausschreibung zur Einrichtung eines Netzwerks zur Entwicklung und Unterstützung von Maßnahmen zum Holocaust-Gedenken gestartet. Die Ausschreibung richtet sich an Organisationen. Die Idee zu diesem Netzwerk basiert auf Maßnahmen der Kommission für den Kampf gegen Antisemitismus, die ihren Ausdruck in der am 05.10.2021 veröffentlichten EU-Strategie zur Bekämpfung des Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens fanden. Das geplante Netzwerk ist aus Sicht der Kommission eine Schlüsselaktion der o.g. EU-Strategie. Es soll so ein Zusammenschluss von Orten entstehen, an denen der Holocaust stattfand. Dadurch sollen die Gedenkstätten erhalten und miteinander vernetzt werden. Die erfolgreichen Bieter werden ein Sekretariat einrichten, das den Betrieb des Netzwerks entwickelt und unterstützt, so die Kommission. Das Netzwerk soll künftig Referenzpunkt für alle Informationen über Holocaust-Stätten werden. Ebenso soll es nationale und regionale Behörden sowie Bürgerinnen und Bürger für die Gräueltaten des Holocaust sensibilisieren. Die Frist für die Ausschreibung endet am 24.05.2024. Die geschätzte Laufzeit beträgt ca. 36 Monate mit Möglichkeit zur Verlängerung.

<https://ted.europa.eu/de/notice/-/detail/80397-2024>

Außen- und Verteidigungspolitik

Kommission; Erklärung zum Tod von Alexej Nawalny

Am 16.02.2024 haben Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell ihre tiefe Betroffenheit über den Tod Alexej Nawalyns' zum Ausdruck gebracht und den Mut und die Entschlossenheit des russischen Oppositionellen gewürdigt. In der Erklärung heißt es weiter, die EU habe Russland wiederholt aufgefordert, die Sicherheit und Gesundheit Nawalyns' sicherzustellen, und habe Besorgnis geäußert über wiederholte Misshandlungen, ungerechtfertigte und unrechtmäßige Disziplinarmaßnahmen sowie die erniedrigende Behandlung durch die Gefängnisbehörden, die den Tatbestand der physischen und psychischen Folter erfüllen. Von der Leyen und Borrell erklärten, Nawalny wurde langsam von Präsident Putin und seinem Regime ermordet, die nichts mehr fürchteten als abweichende Meinungen ihres eigenen Volkes. Man wolle die russische politische Führung und die russischen Behörden zur Rechenschaft ziehen. Weiterhin forderten sie die russischen Behörden auf, alle Fakten im Zusammenhang mit dem Tod Nawalyns' zu ermitteln. Zuletzt betonten sie erneut, Russland müsse alle anderen politischen Gefangenen unverzüglich freilassen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_24_892

Rat; Schlussfolgerungen zu Belarus

Der Rat nahm am 19.02.2024 Schlussfolgerungen zu Belarus an und bestätigte mit diesen erneut die Unterstützung der EU für Demokratie und Menschenrechte. Weiterhin bekräftigte der Rat seine Unterstützung für das Streben des belarussischen Volkes nach einem freien, demokratischen, souveränen und unabhängigen Belarus als Teil eines friedlichen und prosperierenden Europas. Der Rat verurteilte die anhaltende Verletzung von Menschenrechten durch das Lukaschenka-Regime und das beispiellose Ausmaß der Repression im Vorfeld der bevorstehenden Wahlen.

Auch die fortgesetzte Unterstützung von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine durch das belarussische Regime verurteilte der Rat. Er forderte Belarus auf, diese Unterstützung einzustellen und seinen internationalen Verpflichtungen nachzukommen. Zudem verurteilte er die hybriden Angriffe an den Außengrenzen der EU, einschließlich der Instrumentalisierung von Migranten. Darüber hinaus wies der Rat darauf hin, dass die EU gezielte Sanktionen gegen das Lukaschenka-Regime verhängt hat und bereit ist, weitere restriktive und gezielte Maßnahmen zu erlassen, solange die belarussischen Behörden ihr Vorgehen nicht einstellen. Zuletzt geht der Rat in seinen Schlussfolgerungen auf die Pläne der EU ein, 3 Mrd. EUR für ein künftiges demokratisches Belarus im Rahmen eines umfassenden Plans zur wirtschaftlichen Unterstützung bereitzustellen. Dieser stellt darauf ab, die Widerstandsfähigkeit zu stärken, demokratische Reformen voranzubringen, neue Arbeitsplätze zu schaffen und den Lebensstandard der Menschen zu verbessern.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-6737-2024-INIT/de/pdf>

Rat; Einleitung der Operation EUNAVFOR ASPIDES

Am 19.02.2024 hat der Rat die Operation EUNAVFOR ASPIDES eingeleitet. Ziel der defensiven Operation der maritimen Sicherheit ist es, die Freiheit der Schifffahrt im Roten Meer und im Golf wiederherzustellen und zu wahren. Mit der Marine-Operation ASPIDES wolle die EU in einem Gebiet Präsenz zeigen, in dem die Huthis seit Oktober 2023 zahlreiche internationale Handelsschiffe angegriffen haben. Mit der Einleitung der EUNAVFOR ASPIDES reagiere die EU auf die Notwendigkeit, die maritime Sicherheit und die Freiheit der Schifffahrt in einem äußerst strategischen Seekorridor wiederherzustellen. Im Rahmen ihres Verteidigungsmandats soll die Operation eine maritime Lageerfassung sicherstellen, Handelsschiffe begleiten und sie vor bereichsübergreifenden Angriffen auf See schützen. Die Operation soll eine Schlüsselrolle dabei spielen, die handels- und sicherheitspolitischen Interessen der EU und der internationalen Gemeinschaft zu wahren.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/02/19/security-and-freedom-of-navigation-in-the-red-sea-council-launches-new-eu-defensive-operation/>

Rat; Lage im Nahen Osten und Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine

Der Rat führte am 19.02.2024 einen Gedankenaustausch zur Lage im Nahen Osten, insbesondere zur humanitären Lage. Dabei erörterte er die Frage einer sofortigen Pause zu humanitären Zwecken sowie die geplante israelische Militäroperation in Rafah. Der Rat betonte, dass Israel mehr dafür tun müsse, um die Bereitstellung von Hilfen zu erleichtern und um die Zivilbevölkerung zu schützen. Er sprach anschließend im Rahmen der Würdigung von und des Gedenkens an Alexej Nawalny über das Ausmaß der Unterdrückung durch das Putin-Regime und die Lage der politischen Opposition im Land. Es wurde über den Vorschlag gesprochen, die globale Sanktionsregelung im Bereich der Menschenrechte in Alexej Nawalyns' Namen umzubenennen. Die Ministerinnen und Minister führten zudem einen Gedankenaustausch über das 13. Sanktionspaket und über die Verwendung außerordentlicher Einnahmen aus der Investition von in der EU immobilisierten russischen Vermögenswerten. Der Rat sprach ferner darüber, dass Russland zivile Ziele und zivile Infrastruktur angreife, um der Bevölkerung in der Ukraine Leid zuzufügen und ihre Widerstandsfähigkeit auf die Probe zu stellen. Danach standen die Sicherheitszusagen an und die militärische Unterstützung der EU für die Ukraine im Mittelpunkt der Beratungen des Rates. Dabei erörterte der Rat, wie die EU den Rahmen für die Bereitstellung von Munition erhöhen könnte.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2024/02/19/>

Kommission; Kosten für Wiederaufbau in der Ukraine

Eine neue Bedarfsanalyse schätzt knapp zwei Jahre nach Beginn der russischen Invasion der Ukraine die Gesamtkosten für den Wiederaufbau und die Erholung der Ukraine mit Stand 31.12.2023 auf 452,8 Mrd. EUR für die nächsten zehn Jahre. Die Schnellbewertung der Schäden und des Bedarfs wurde von der ukrainischen Regierung, der Weltbankgruppe, der Kommission und den Vereinten Nationen gemeinsam erstellt und veröffentlicht. Vor einem Jahr belief sich die Schätzung noch auf 383 Mrd. EUR. Die ukrainischen Behörden schätzen, dass das Land allein im Jahr 2024 rund 14 Mrd. EUR für unmittelbare Wiederaufbauprioritäten sowohl auf nationaler als auch auf kommunaler Ebene benötigen wird. Dabei liegt der Schwerpunkt neben der Unterstützung und Mobilisierung des Privatsektors auf der Wiederherstellung von Wohnraum, Infrastruktur, Dienstleistungen, Energie und Verkehr. Im Jahr 2023 wurden z.B. im Wohnungssektor nach Angaben der ukrainischen Regierung 931,7 Mio. EUR für die Erholung des Wohnungssektors ausgegeben, wobei der größte Teil für die Reparatur und den Wiederaufbau beschädigter Gebäude verwendet wurde. Im Verkehrssektor wurden mehr als 2.000 km Notreparaturen an Autobahnen, Schnellstraßen und anderen nationalen Straßen durchgeführt. Im Bildungsbereich bauten die lokalen Behörden rund 500 Bildungseinrichtungen wieder auf.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_801/

Europäisches Parlament

EP; Ankündigung zur Kandidatur bei der EP-Wahl

Die Klimaprotestgruppe „Letzte Generation“ will zur Europawahl antreten und hat eigenen Angaben zufolge die ersten Hürden für die Kandidatur überschritten. Es hätten sich inzwischen mehr als 100 Unterstützerinnen und Unterstützer gemeldet, um nun die für die Wahlzulassung nötigen 4.500 Unterschriften zu sammeln. Die Gruppe hat mitgeteilt, eine „sonstige politische Vereinigung“ mit dem Namen „Parlament aufmischen – Stimme der Letzten Generation“ gegründet zu haben, mit der sie bei der Europawahl am 09.06.2024 antreten will. Im Gegensatz zu Bundestagswahlen können an Wahlen zum EP neben Parteien auch so genannte sonstige politische Vereinigungen teilnehmen. Darüber hinaus haben DAVA (Demokratische Allianz für Vielfalt und Aufbruch) und Bündnis Sahara Wagenknecht angekündigt, zur Europawahl antreten zu wollen. Die Werteunion will dagegen nicht antreten.

Ausschuss der Regionen

AdR; ECON-Fachkommissionssitzung

Am 12.02.2024 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission ECON für Wirtschaftspolitik statt. Dabei wurde ein Meinungs austausch zum Arbeitsdokument „den europäischen Verwaltungsraum stärken (ComPAct)“ geführt.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2206477&meetingSessionId=2259086>

AdR; SEDEC-Fachkommissionssitzung

Am 22.02.2024 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission SEDEC für Sozialpolitik, Bildung, Beschäftigung, Forschung und Kultur statt. Dabei fanden Abstimmungen über die Stellungnahmeentwürfe „Kompetenz- und Fachkräftemobilität“, „Stärkung der

Rolle lokaler und regionaler Gebietskörperschaften im Rahmen integrierter Kinderschutzsysteme“ sowie „Verbesserung der Inklusion von Kindern durch Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder auf lokaler und regionaler Ebene“ statt. Darüber hinaus wurde ein Meinungsaustausch zum Arbeitsdokument „Empfehlungen für das nächste Rahmenprogramm für Forschung und Innovation“ geführt.

<https://memportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2207129&meetingSessionId=2259846>

Wirtschaft

Kommission; Untersuchung zur Verlängerung der Schutzmaßnahmen für Stahl

Die Kommission hat am 09.02.2024 eine Untersuchung eingeleitet, um zu prüfen, ob die derzeit für Einfuhren bestimmter Stahlerzeugnisse geltenden Schutzmaßnahmen – nämlich die Durchführungsverordnung 2018/1013 – über den 30.06.2024 hinaus verlängert werden sollen. Zeitgleich wurde auch eine nicht-öffentliche Konsultation eröffnet, die u.a. Herstellern und Regierungen aus Drittländern sowie EU-Verwendern bis zum 26.02.2024 Stellungnahmen zur Verlängerung ermöglicht. Die Schutzmaßnahmen wurden ursprünglich als Reaktion auf die von den USA verhängten Strafzölle auf Eisen-, Stahl- und Aluminiumerzeugnisse am 19.07.2018 eingeführt. Die Schutzmaßnahmen erfolgen in Form von Einfuhrkontingenten und Zolltarifen. Zuletzt wurden diese am 24.06.2021 verlängert.

https://policy.trade.ec.europa.eu/news/eu-decide-steel-safeguard-extension-2024-02-09_en?prefLang=de&etrans=de

Rat; Informelle Ministertagung Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt und Industrie)

Am 08./09.02.2024 trafen sich die für die Ressorts Industrie und Binnenmarkt zuständigen Ministerinnen und Minister der Mitgliedstaaten in Genk (BEL). Hauptthema der Sitzung waren folgende von der Kommission vorgelegte Ad-hoc-Initiativen: das Europäische Chip-Gesetz, das Gesetz zu kritischen Rohstoffen und das Notfallbinnenmarktinstrument. Weitere Themen der Tagung waren die Förderung der strategischen Vergabe öffentlicher Aufträge, das Konzept der offenen strategischen Autonomie und die Verringerung strategischer Abhängigkeiten sowie das Zusammenspiel von Forschung und Entwicklung.

<https://belgian-presidency.consilium.europa.eu/de/veranstaltungen/informelle-tagung-der-ministerinnen-und-minister-fuer-wettbewerbsfaehigkeit-binnenmarkt-und-industrie-8-92/>

Kommission; Vierter CETA-Ausschuss

Am 09.02.2024 fand der vierte gemischte Ausschuss des Umfassenden Wirtschaftsabkommens EU-Kanada (Comprehensive Economic and Trade Agreement, CETA) in Brüssel statt. Den Vorsitz des Treffens führten die kanadische Ministerin für internationalen Handel und Wirtschaftsentwicklung Mary Ng und der Vizepräsident der Kommission und Kommissar für Handel Valdis Dombrovskis. Beide Vertragsparteien vereinbarten die Weiterentwicklung des Abkommens. Sie erzielten eine Einigung über eine „Auslegung zu Investitionen“, um Elemente der Investitionsbestimmungen zu klären, einschließlich „fairer und gerechter Behandlung“, „indirekter Enteignung“ und „Investitionen und Klimawandel“. Zweitens wurden Verhandlungen auf technischer Ebene zur Festlegung von Regeln abgeschlossen, die kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten erleichtern sollen. Drittens arbeiten die Vertragsparteien daran, den Anwendungsbereich des CETA-Protokolls über die gegenseitige

Anerkennung des Programms zur Einhaltung und Durchsetzung der guten Herstellungspraxis für pharmazeutische Erzeugnisse (GMP) zu erweitern. Dieses soll Kosten für doppelte Inspektionen reduzieren und Kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen unterstützen.

https://policy.trade.ec.europa.eu/news/joint-statement-sustainable-economic-growth-eu-and-canada-through-comprehensive-economic-and-trade-2024-02-09_en

Rat; Informelle Ministertagung Entwicklungspolitik

Am 11.02.2024 trafen sich die für die Entwicklungspolitik zuständigen Ministerinnen und Minister der Mitgliedstaaten in Brüssel. Hauptthemen des Treffens waren die Bestandsaufnahme der internationalen Zusammenarbeit und der Entwicklungspolitik der EU zur Halbzeit des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027, die Ukraine-Fazilität und die anhaltende humanitäre Krise in Gaza. Philippe Lazzarini, Generalkommissar des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA), berichtete ausführlich über die Lage im Gazastreifen. Auch thematisierte er die jüngsten Anschuldigungen der israelischen Regierung gegen das Hilfswerk, denen zufolge einige UNRWA-Mitarbeitende in die Anschläge vom 07.10.2023 verwickelt seien.

<https://belgian-presidency.consilium.europa.eu/de/nachrichten/eu-entwicklungsminister-eroerterten-auswirkungen-der-europaeischen-entwicklungspolitik-und-die-humanitaere-krise-in-gaza/>

Kommission; Veröffentlichung des Jahresberichts über Binnenmarkt und Wettbewerbsfähigkeit 2024

Die Kommission hat am 14.02.2024 den Jahresbericht über Binnenmarkt und Wettbewerbsfähigkeit 2024 veröffentlicht. Der Bericht analysiert die Stärken und Herausforderungen des europäischen Binnenmarkts. Dabei werden die jährlichen Entwicklungen anhand der neun Faktoren der Wettbewerbsfähigkeit verfolgt, wie sie in der Mitteilung der EU über die langfristige Wettbewerbsfähigkeit von 2023 festgelegt wurden. Diese Faktoren umfassen das Funktionieren des Binnenmarkts, den Zugang zu privatem Kapital, öffentliche Investitionen und Infrastruktur, Forschung und Innovation, Energie, Kreislaufwirtschaft, Digitalisierung, Bildung und Kompetenzen sowie Handel und offene strategische Autonomie. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass weitere Anstrengungen notwendig sind, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu verbessern. Dazu gehören u.a. Maßnahmen, um die Energiekosten zu senken, Abhängigkeiten von fossilen Brennstoffen abzubauen und die Koordinierung von Investitionen auf europäischer und nationaler Ebene zu verbessern. So weist der Bericht u.a. darauf hin, dass die Vergabe öffentlicher Aufträge ein Instrument ist, um den ökologischen und digitalen Wandel strategisch zu unterstützen. Zusätzlich zum Jahresbericht veröffentlichte die Kommission den Bericht der Taskforce für die Durchsetzung des Binnenmarkts (single market enforcement task force, SMET) und den Binnenmarkt- und Wettbewerbsfähigkeitsanzeiger 2024.

https://single-market-economy.ec.europa.eu/publications/2024-annual-single-market-and-competitiveness-report_en?prefLang=de

Kommission; Unternehmen erhalten Unterstützung bei der Dekarbonisierung

Die Kommission hat am 16.02.2024 eine mit 4 Mrd. EUR ausgestattete deutsche Regelung, die teilweise über die Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) finanziert wird, nach den EU-Beihilfavorschriften genehmigt. Mit der Regelung sollen Unternehmen, die am EU-Emissionshandelssystem teilnehmen, bei der Dekarbonisierung ihrer Produktionsprozesse unterstützt werden. Die Maßnahme trägt zur Verwirklichung der Klima- und Energieziele von DEU sowie der strategischen Ziele des Europäischen Grünen Deals bei. Ziel der Regelung ist es, die deutsche Industrie bei der Verringerung

der Treibhausgasemissionen in ihren Produktionsprozessen zu unterstützen. Die im Rahmen der Regelung geförderten Projekte reichen vom Bau von strombetriebenen Schmelztanks für die Glaserzeugung bis hin zum Ersatz traditioneller Stahlproduktionsverfahren durch wasserstoffbetriebene Direktreduktionsanlagen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_845

Kommission; Erste Untersuchung der marktverzerrenden Rolle drittstaatlicher Subventionen eingeleitet

Am 16.02.2024 hat die Kommission ihre erste Untersuchung im Rahmen der Verordnung über drittstaatliche Subventionen 2022/2560 eingeleitet. Die Untersuchung folgt auf die Meldung der Beteiligung an einem öffentlichen Vergabeverfahren, die CRRC Qingdao Sifang Locomotive Co., Ltd., eine Tochtergesellschaft des chinesischen staatlichen Zugherstellers CRRC Corporation, bei der Kommission eingereicht hat. Mit dem öffentlichen Vergabeverfahren will das bulgarische Verkehrsministerium Unternehmen für die Bereitstellung mehrerer elektrischer Push-Züge sowie damit verbundener Wartungs- und Personalschulungsdienste anwerben. Gemäß der Verordnung sind Unternehmen verpflichtet, ihre öffentlichen Ausschreibungen in der EU anzumelden, wenn der geschätzte Auftragswert 250 Mio. EUR übersteigt und wenn dem Unternehmen in den drei Jahren vor der Anmeldung mindestens 4 Mio. EUR an drittstaatlichen finanziellen Zuwendungen von mindestens einem Drittland gewährt wurden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_887

Kommission; Bericht über die elektronische Rechnungsstellung veröffentlicht

Die Kommission hat am 19.02.2024 einen Bericht über die Richtlinie 2014/55/EU zur elektronischen Rechnungsstellung („eInvoicing“) veröffentlicht. Der Bericht stellt fest, dass die öffentlichen Verwaltungen aller 27 Mitgliedstaaten elektronische Rechnungsstellungen akzeptieren, die dem europäischen Standard für elektronische Rechnungsstellung für öffentliche Aufträge entsprechen. Dies führt laut Kommission dazu, dass Kosten und Zeitaufwand für die Abwicklung von Zahlungen für Unternehmen reduziert werden, die im öffentlichen Beschaffungswesen tätig sind. Darüber hinaus wird in dem Bericht festgestellt, dass die Auswirkungen der Richtlinie über den öffentlichen Sektor hinausgehen und die Einführung von elektronischen Rechnungstellungen in Business-to-Business-Transaktionen (B2B) fördern.

https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/ALL/?uri=comnat%3ACOM_2024_0072_FIN

Rat; Informelle Ministertagung Tourismus

Am 20.02.2024 trafen sich die für den Tourismus zuständigen Ministerinnen und Minister der Mitgliedstaaten (MS) in Louvain-la-Neuve (BEL). Die digitale und nachhaltige Wende des Tourismussektors, einschließlich der Entwicklung von Bildung und Kompetenzen im Tourismussektor, waren das zentrale Thema der Tagung. Ergänzend dazu wurde die Frage der Zukunft und der Erwartungen der MS in Bezug auf die Behandlung des Themas Tourismus in der nächsten Amtszeit der Kommission erörtert.

<https://belgian-presidency.consilium.europa.eu/de/veranstaltungen/informelle-ministertagung-tourismus-2/>

Kommission; Bericht zur Bewertung der Kohäsionspolitik veröffentlicht

Die unabhängige Gruppe hochrangiger Sachverständiger für die Zukunft der Kohäsionspolitik hat am 20.02.2024 ihren Bericht „Kohäsion für ein wettbewerbsfähiges und integratives Europa“ vorgelegt. Die Gruppe spricht in ihrem Bericht mehrere Empfehlungen aus. So sollte die Kohäsionspolitik stärker ortsbezogen und

besser in das System der wirtschaftspolitischen Steuerung eingebunden werden. Zudem müsse man die Regionen weiter zusammenbringen, um globale Chancen zu nutzen und nachhaltigere und widerstandsfähigere Innovationen zu schaffen. Auch empfiehlt die Gruppe bessere nationale und regionale Institutionen, indem Kapazitätsaufbau und Innovation mit Investitionen in Infrastruktur und produktivem Kapital gleichgesetzt werden. Daran anknüpfend empfiehlt der Bericht, Verwaltungsverfahren zu straffen und effizientere, benutzerfreundlichere Ansätze zur Vereinfachung der Prozesse zu verfolgen. Es sei auch unerlässlich, wirksamere und integrativere Entwicklungsstrategien anzustreben, in denen Akteure aus verschiedenen Regierungsebenen und der Zivilgesellschaft zusammengebracht werden.

<https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/c6e97287-cee3-11ee-b9d9-01aa75ed71a1/language-en>

Kommission; Europäischer Industriegipfel 2024

Am 20.02.2024 haben mehr als 50 hochrangige Unternehmensvertreter und 15 Industrieverbände an einem Treffen mit Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und dem belgischen Premierminister Alexander De Croo im Antwerpener Werk der BASF teilgenommen. In der gemeinsamen „Erklärung von Antwerpen“ sprachen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer für eine industriefreundlichere EU-Politik aus. Dazu zählten einfachere Staatshilfen, niedrigere Energiekosten und mehr europäische Bergbauprojekte für wichtige Rohstoffe. Gleichzeitig warnen die Unterzeichner eindringlich vor der Konkurrenz aus den USA und China. Die Unternehmen drängen in ihrer Erklärung auch darauf, dass Staaten Risiko-Investitionen in erneuerbare Energien stärker absichern. Die nächste Kommission müsse Projekten für erschwingliche erneuerbare und nukleare Energie Vorrang einräumen. Interessierte Unternehmen und Wirtschaftsverbände können auf der Website der „Erklärung von Antwerpen“ die Erklärung als Unterstützer mitzeichnen.

<https://antwerp-declaration.eu/>

V e r k e h r

Kommission; Erste Empfehlungen der Expertengruppe für urbane Mobilität

Die Expertengruppe der Kommission für urbane Mobilität (EGUM) hat am 12.02.2024 ihre ersten Empfehlungen veröffentlicht. Die Empfehlungen konzentrieren sich auf drei Hauptthemen; Erstes Thema ist die Sicherstellung der Priorisierung des öffentlichen Verkehrs in städtischen Gebieten, zweites Thema ist die Erhöhung der Inklusivität des öffentlichen Verkehrs und drittes Thema ist der Umgang mit den sich entwickelnden Qualifikationsanforderungen und dem Arbeitsmangel im Bereich des öffentlichen Verkehrs. Die Expertengruppe arbeitet auch an verschiedenen anderen Themen, die für die urbane Mobilität relevant sind, wie z.B. Vorschriften für den Zugang zu städtischen Fahrzeugen, nachhaltige Stadtmobilitätsplanung, -überwachung und -umsetzung, städtische Logistik, aktive Mobilität und Sicherheit gefährdeter Verkehrsteilnehmer und die Zukunft der urbanen Mobilität und des integrativen und nachhaltigen städtischen Raums.

https://transport.ec.europa.eu/transport-themes/urban-transport/expert-group-urban-mobility_en?prefLang=de

Kommission; Übernahme von Asiana durch Korean Air unter Auflagen genehmigt

Die Kommission hat am 13.02.2024 die geplante Übernahme von Asiana Airlines Inc. durch Korean Air Lines Co., Ltd. genehmigt. Die Übernahme darf jedoch nur unter bestimmten Bedingungen vonstattengehen, um wettbewerbsrechtliche Bedenken der Kommission auszuräumen. Korean Air muss u.a. Fluggenehmigungen auf den Strecken von Seoul nach Paris, Barcelona, Frankfurt und Rom an den Konkurrenten T'Way abtreten und Vermögenswerte zur Verfügung stellen, damit T'Way den Flugbetrieb auf den vier Überschneidungstrecken aufnehmen kann. Außerdem verpflichtete sich Korean Air, Asianas globales Luftfrachtgeschäft zu veräußern.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_761

EP; Rat; Vorläufige Einigung über effizientere Unfalluntersuchungen im Seeverkehr

Rat und EP haben am 13.02.2024 eine vorläufige Einigung über den Überarbeitungsvorschlag der Richtlinie 009/18/EG zur Festlegung der Grundsätze für die Untersuchung von Unfällen im Seeverkehr erzielt. Die überarbeitete Richtlinie zielt darauf ab, die bestehende Regelung für die Untersuchung von Unfällen im Seeverkehr zu vereinfachen und zu präzisieren. Insbesondere sollen mit der Überarbeitung der Richtlinie der Schutz von Fischereifahrzeugen und die Fähigkeiten von Unfalluntersuchungsstellen verbessert werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/02/13/maritime-safety-council-and-parliament-strike-a-deal-for-more-efficient-accident-investigations-in-maritime-transport/>

Kommission; Konsultation zu Genehmigungsverfahren von Kraftfahrzeug-Assistenzsystemen

Die Kommission hat am 15.02.2024 eine Konsultation zum Entwurf einer Durchführungsverordnung zur Festlegung von Vorschriften für die Anwendung der Verordnung (EU) 2019/2144 in Bezug auf Vorlagen für die Genehmigung des intelligenten Geschwindigkeitsassistentensystems, des Warnsystems für Müdigkeit und Aufmerksamkeit des Fahrers, des Ereignisdatenspeichers, der Erleichterung des Einbaus des Alkohol-Interlocks und des fortgeschrittenen Fahrer-Ablenkungswarnsystems eröffnet. Die Frist für Rückmeldungen endet am 14.03.2023.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14106-Fahrzeugsicherheit-Muster-fur-Typgenehmigungen-fur-Fahrzeugsicherheitssysteme_de

Kommission; Rückforderung der staatlichen Beihilfen von Blue Air angeordnet

Die Kommission fasste am 16.02.2024 den Beschluss, dass der Umstrukturierungsplan der rumänischen Fluggesellschaft Blue Air nicht geeignet war, die langfristige Rentabilität der Luftverkehrsgesellschaft wiederherzustellen. Infolgedessen ist er laut Auffassung der Kommission nicht mit den EU-Beihilfavorschriften vereinbar. ROM muss nun die an Blue Air rechtswidrig ausgezahlten staatlichen Beihilfen in Höhe von rund 33,84 Mio. EUR von Blue Air zurückfordern.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_848

EP; Rat; Vorläufige Einigung über die Genehmigung von nicht für den Straßenverkehr bestimmten mobilen Maschinen und Geräten

Rat und EP haben am 13.02.2024 eine vorläufige Einigung über den Verordnungsvorschlag 2023/0090 (COD) über die Genehmigung und Marktüberwachung von nicht für den Straßenverkehr bestimmten mobilen Maschinen und Geräten erzielt, die auf öffentlichen Straßen verkehren. Der Vorschlag soll Verkehrssicherheitsanforderungen

für selbstfahrende Maschinen vereinheitlichen und damit Kosten, Verwaltungsaufwand und Verzögerungen für Unternehmen verringern. Rat und EP haben sich darauf geeinigt, dass EU-weit eine neue Fahrzeugklasse (Klasse U) für mobile Maschinen und Geräte geschaffen werden soll, die zu den bestehenden Fahrzeugklassen (z.B. M für Personenkraftwagen und N für Lieferwagen) hinzugefügt wird.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/02/21/safer-roads-safer-workers-council-and-parliament-strike-provisional-deal-on-the-non-road-mobile-machinery-regulation/>

E n e r g i e

Kommission; Europäische Industriallianz für kleine modulare Reaktoren

Am 09.02.2024 hat die Kommission die Gründung der Europäischen Industriallianz für kleine modulare Reaktoren (European Industrial Alliance on Small Modular Reactors, SMR) bekannt gegeben. Zeitgleich veröffentlichte die Kommission einen Aufruf zur Einreichung von Beitrittsanträgen zur SMR-Allianz. Wie andere von der Kommission beaufsichtigte Industriallianzen soll auch die SMR-Allianz bestehende Industrieakteure, Forschungsorganisationen, Regierungsvertreter und zivilgesellschaftliche Gruppen zusammenbringen, um die Entwicklung der Industrie zu beschleunigen. Die Allianz soll zudem SMR-Projektträger bei Entwicklung, Demonstration und Vermarktung ihrer Projekte unterstützen, die europäischen nuklearen Lieferketten durch die Identifizierung von Schwachstellen stärken und sowohl Forschungsprojekte als auch öffentliches Engagement fördern. Die Kommission hofft, mit SMR die Energieversorgungssicherheit und die Erzeugung von CO₂-armem Wasserstoff in Europa zu erhöhen.

https://single-market-economy.ec.europa.eu/industry/strategy/industrial-alliances/european-industrial-alliance-small-modular-reactors_en

Kommission; Online-Debatte über Energieeffizienz gestartet

Die Kommission hat am 15.02.2024 eine neue „Plattform für bürgerschaftliches Engagement“ als Online-Forum eingerichtet. Das erste Thema, das zur Debatte steht, ist die Energieeffizienz. EU-Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen, über die Herausforderungen und Vorteile der Energieeffizienz zu diskutieren sowie darüber, was sie für Haushalte, Unternehmen und Gemeinden bedeutet.

https://energy.ec.europa.eu/news/commission-launches-new-online-debate-energy-efficiency-2024-02-15_en?prefLang=de&etrans=de

Kommission; Förderungen von IPCEI zur Förderung der Wasserstoffinfrastruktur genehmigt

Die Kommission hat am 15.02.2024 ein wichtiges Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse („IPCEI“: „Important Project of Common European Interest“) zur Förderung von Wasserstoffinfrastruktur nach den EU-Beihilfavorschriften genehmigt. Das IPCEI soll die Versorgung mit erneuerbarem Wasserstoff verbessern, dadurch die Abhängigkeit von Erdgas verringern und so einen Beitrag zu den Zielen des Europäischen Grünen Deals und des „REPowerEU“-Plans leisten. Das Vorhaben „IPCEI Hy2Infra“ wurde von sieben Mitgliedstaaten (MS) angemeldet, darunter auch DEU. Diese MS werden insgesamt bis zu 6,9 Mrd. EUR an öffentlichen Mitteln bereitstellen. Dadurch sollen zusätzliche private Investitionen im Umfang von 5,4 Mrd. EUR mobilisiert werden. Im Rahmen dieses IPCEI werden 32 in einem oder mehreren MS tätige Unternehmen, darunter auch kleine und mittlere Unternehmen (KMU), an 33 Vorhaben teilnehmen.

Digital

EP; Rat; Trilog-Einigung zur Gigabit-Infrastrukturverordnung

EP und Rat haben am 06.02.2024 eine Trilog-Einigung zur Gigabit-Infrastrukturverordnung (Gigabit Infrastructure Act, GIA) gefunden. Diese hat insbesondere die Absenkung der Kosten des Ausbaus von elektronischen Kommunikationsinfrastrukturen in der EU zum Ziel, um Ausbau und Modernisierung stark zu beschleunigen. Aus Sicht von Kommission, Rat und EP gehören die Genehmigungsverfahren zu den Hauptkostentreibern. Die wichtigsten Regelungen der Trilog-Einigung lauten: Grenzüberschreitende Anwendungen sollen gefördert werden, damit Betreiber elektronischer Kommunikationsdienste, Ausrüstungshersteller oder Bauunternehmen bessere Skaleneffekte erzielen können. Zur Erleichterung des Genehmigungsverfahrens wurde ein obligatorischer Schlichtungsmechanismus zwischen öffentlichen Stellen und Telekommunikationsbetreibern eingeführt. Für kleinere Gemeinden wurde zudem ein Übergangszeitraum vorgesehen. Weiterhin wurden die fairen und angemessenen Zugangsbedingungen präzisiert. Für kritische nationale Infrastrukturen wurden mehrere Ausnahmeregelungen vorgesehen. Für die intra-EU-Kommunikation wird die Gültigkeit der Preisobergrenzen verlängert – derzeit 0,19 EUR pro Minute für Anrufe und 0,06 EUR für SMS-Nachrichten.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20240205IPR17404/gigabit-infrastructure-act-deal-with-council>

Forschung

Kommission; Marie Skłodowska-Curie Fellowships; Ergebnisse der Förderrunde

Die Kommission hat am 13.02.2024 bekannt gegeben, dass sie insgesamt 1.249 Forscherinnen und Forscher mit Marie Skłodowska-Curie-Fellowships fördern wird. Diese Förderlinie im Bereich der Mobilitätsförderung ist in der ersten Säule von Horizont Europa, dem Forschungsrahmenprogramm der EU, fest etabliert. Die vergebenen Fellowships bieten Post-Docs die Möglichkeit, an eigenen Projekten zu arbeiten und zeitgleich ihre Ausbildung fortzusetzen. In dieser Förderrunde wurden rund 260 Mio. EUR vergeben. Deutsche Einrichtungen nehmen 111 Forschende verschiedener Nationalitäten auf. Der nächste Call zur Einreichung von Bewerbungen wird nach Ankündigung der Kommission am 10.04.2024 starten.

<https://marie-sklodowska-curie-actions.ec.europa.eu/news/marie-sklodowska-curie-actions-award-eu260-million-to-postdoctoral-researchers-in-2023>

Rat; Informelle Tagung Forschung und Innovation

Am 14./15.02.2024 fand in La Hulpe (BEL) ein informelles Treffen des Ministerrats für Wettbewerbsfähigkeit in der Formation Forschung statt. Die BEL Ratspräsidentschaft hatte drei Prioritäten für die Tagung in den Mittelpunkt gerückt. Erstens ging es um den Bereich der strategischen Autonomie, gemäß der ein Gleichgewicht zwischen Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit vollzogen werden soll. Zweitens ging es um die Förderung und Valorisierung von Wissen, die mit einer besseren Übertragung von Forschungsergebnissen hin zu wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Mehrwert einhergehen soll. Dritte Priorität war die Stärkung der Rolle der Forschung, um gesellschaftliche Herausforderungen wie Gesundheitswesen, Digitalisierung und

Klimawandel anzugehen. Weitere Themen waren die intendierte intersektorale und interdisziplinäre Zusammenarbeit in Forschung und Innovation sowie die technologische Entwicklung zur Beschleunigung von Dekarbonisierung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU. Der BEL Ratsvorsitz betonte abschließend, dass Forschung eine entscheidende Rolle in Europa spiele, indem sie Wettbewerbsfähigkeit auf allen Ebenen verbessert und dazu beiträgt, die Herausforderungen der Zukunft zu lösen. Der Ratsvorsitz hat sich dazu verpflichtet, wissenschaftliche Spitzenleistungen, Innovation und die Lösung globaler Herausforderungen zu fördern.

<https://belgian-presidency.consilium.europa.eu/de/nachrichten/informelles-treffen-der-minister-fuer-forschung-und-innovation-belgischer-vorsitz-will-forschungsergebnisse-maximieren/>

Finanzdienstleistungen

Rat; Informelle Tagung der Eurogruppe und des ECOFIN in Ghent

Der Rat in seiner Zusammensetzung als ECOFIN sowie sein informelles Vorbereitungsgremium Eurogruppe kommen vom 22.02. bis zum 24.02.2024 zur traditionellen informellen Tagung im Land der jeweiligen Ratspräsidentschaft (BEL) in Ghent zusammen. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem eine Debatte mit der neuen Präsidentin der Europäischen Investitionsbank (EIB), Nadia Calvino, zur Zukunft der EIB, die Zukunft der europäischen Kapitalmärkte und insbesondere die Kleinanlegerbeteiligung mit Fragen der Finanzbildung. Auch die Wettbewerbsfähigkeit der EU soll vor dem Hintergrund des bevorstehenden Berichts von Dr. Mario Draghi behandelt werden.

<https://belgian-presidency.consilium.europa.eu/de/veranstaltungen/informelle-tagung-der-ministerinnen-und-minister-fuer-wirtschaft-und-finanzen-22-242/>

Rat; Annahme des MIFID/MIFIR-Reviews

Der Rat hat am 20.02.2024 einstimmig das Trilogergebnis zur Überarbeitung von MIFID und MIFIR angenommen. Nachdem zuvor bereits das EP dem Trilogergebnis in seiner Plenarsitzung am 16.01.2024 zugestimmt hatte, ist der Gesetzgebungsakt damit zustande gekommen. Der Änderungsrechtsakt betrifft mit der MiFID (RL 2024/65, Markets in Financial Instruments Directive, Finanzmarkttrichtlinie) und der MiFIR (VO (EU) 600/2014, Markets in Financial Instruments Regulation, Finanzmarktverordnung) die zentralen Regelungen zu den börslichen und außerbörslichen Handelsinfrastrukturen. Nachdem frühere Reformen in diesem Bereich vor allem mehr Wettbewerb der Handelsinfrastrukturdienstleistungen zugelassen hatten, hatte dieser Überarbeitungszyklus vor allem zum Ziel, die hiermit entstandene Marktfragmentierung durch Instrumente der Handelsdatenkonsolidierung auf informationeller Ebene abzumildern. Zentrales Ergebnis ist die Schaffung eines sogenannten Consolidated Tape nach US-amerikanischem Vorbild, in welchem Handelsdaten konsolidiert und zeitnah öffentlich zugänglich gemacht werden. Zudem wurde ein grundsätzliches Verbot des Payment-for-Order-Flow erlassen, mit dem Handelsvolumina insbesondere durch kleinere und alternative Handelsplattformen von den etablierten Börsen wie z.B. der Frankfurter Wertpapierbörse abgezogen werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/02/20/mifir-and-mifid-ii-council-adopts-new-rules-to-strengthen-market-data-transparency/>

Rat/EP; Frankfurt wird Sitz der neuen EU-Geldwäscheaufsichtsbehörde (AMLA)

Vertreter von Rat und EP haben am Abend des 22.02.2024 Frankfurt zum Sitz der neuen EU-Geldwäscheaufsichtsbehörde AMLA gewählt. Die Entscheidung fiel in

einem eigens geschaffenen geheimen Abstimmungsverfahren, in dem beide Institutionen jeweils 27 Stimmen hatten. Frankfurt hat sich dabei mit der einfachen Mehrheit von 28 der 54 abgegebenen Stimmen gegen acht weitere Kandidaten durchgesetzt. Außerdem erhielten Madrid 16, Paris 6 und Rom 4 Stimmen; auf die anderen Kandidaten entfiel jeweils keine Stimme. Die AMLA soll Mitte 2025 ihren Dienst aufnehmen; im vollen Ausbaustadium soll sie nach gegenwärtiger Planung einer Personalstärke von über 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern haben. Die AMLA wird die direkte Geldwäscheaufsicht über die relevantesten Institute in Europa ausüben. Die Schaffung der AMLA ist Kernstück des neuen Geldwäschepaketes, das auch die Überführung der zentralen geldwäscherechtlichen Anforderungen an die Institute in europaweit einheitliches und unmittelbar anwendbares Verordnungsrecht bringt. Frankfurt wird damit künftig der Sitz von drei finanzmarktrelevanten europäischen Behörden (EZB, EIOPA und AMLA) sein.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/02/22/frankfurt-to-host-the-eus-new-anti-money-laundering-authority-aml/>

F i n a n z e n

EP; Rat; Einigung auf Reform der wirtschaftspolitischen Steuerung

In der Nacht auf den 10.02.2024 einigten sich Rat und EP im Trilog auf eine Reform der wirtschaftspolitischen Steuerung. Ziel der Reform ist es, Schuldenstände abzubauen und den Mitgliedstaaten (MS) zugleich Raum für notwendige Reformen und Investitionen entlang der Prioritäten der EU zu lassen. An den Maastricht-Kriterien hält die Reform dabei fest. Künftig wird die Kommission für MS, deren Schuldenstand 60% oder deren Defizit 3% ihres BIP übersteigt, einen individuellen Referenzpfad zum Schuldenabbau über i.d.R. vier Jahre vorlegen. Dieser Referenzpfad muss zwei Schutzvorkehrungen genügen: Staaten mit einer Schuldenquote von über 90% sollen diese im Durchschnitt um 1% pro Jahr reduzieren, Staaten mit einer Schuldenquote zwischen 60% und 90% um 0,5%. Zudem sollen Staaten mit einem Defizit von über 3% in Jahren des Wirtschaftswachstums dieses auf 1,5% reduzieren. Die MS nehmen diese Vorgaben im Anschluss als Nettoausgabenpfad in ihre mittelfristigen strukturellen finanzpolitischen Pläne auf. Abweichungen von den vereinbarten Pfaden sollen auf einem eigens hierfür eingerichteten Kontrollkonto sichtbar gemacht werden..

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/02/10/economic-governance-review-council-and-parliament-strike-deal-on-reform-of-fiscal-rules/>

Kommission; Winterprognose 2024

Am 15.02.2024 stellte die Kommission ihre Winterprognose 2024 vor. Darin korrigiert sie das Wirtschaftswachstum in EU und Eurozone für 2023 gegenüber ihrer Herbstprognose von 0,6% auf 0,5% nach unten. Für 2024 geht die Kommission nun von einem Wachstum von 0,9% in der EU und 0,8% in der Eurozone aus (Herbstprognose: 1,3% bzw. 1,2%). Für 2025 wiederum erwartet die Kommission weiterhin Wachstumsraten von 1,7% (EU) und 1,5% (Eurozone). Für DEU rechnet die Kommission im Jahr 2024 mit einem Wachstum von 0,3%, für 2025 mit einem Wachstum von 1,2%. Auch geht die Kommission davon aus, dass sich die Inflation dank sinkender Energiepreise stärker als erwartet abschwächen wird. Dies werde im Zusammenspiel mit einem Wachstum der Reallöhne, dem robusten Arbeitsmarkt und steigendem Konsum zur Erholung der Wirtschaftslage beitragen. Unsicherheitsfaktoren seien aber die nach wie vor angespannte geopolitische Lage und v.a. der Krieg im Nahen Osten.

https://economy-finance.ec.europa.eu/economic-forecast-and-surveys/economic-forecasts/winter-2024-economic-forecast-delayed-rebound-growth-amid-faster-easing-inflation_en?prefLang=de

Rat; Überarbeitung der schwarzen Liste für Steuerzwecke

Der Rat hat am 20.02.2024 eine Reihe von Ländern und Gebieten von der Liste nicht kooperativer Länder und Gebiete für Steuerzwecke gestrichen. Dabei handelt es sich um die Bahamas, Belize, die Seychellen sowie die Turks- und Caicosinseln. Stand heute befinden sich damit noch zwölf Länder und Gebiete auf der Liste. Die EU-Liste nicht kooperativer Länder und Gebiete für Steuerzwecke wurde im Dezember 2017 eingeführt und wird zweimal jährlich aktualisiert. Anhand festgelegter Kriterien benennt sie Länder, die entweder keinen konstruktiven Dialog mit der EU über verantwortungsvolles Handeln im Steuerbereich aufgenommen oder ihre Zusagen zur Umsetzung notwendiger Reformen nicht erfüllt haben.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/02/20/taxation-bahamas-belize-seyelles-and-turks-and-caicos-islands-removed-from-the-eu-list-of-non-cooperative-jurisdictions-for-tax-purposes/>

Kommission; Halbzeitbewertung der Aufbau- und Resilienzfazilität

Am 21.02.2024 hat die Kommission ihre Halbzeitbewertung der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) vorgelegt. Die im Februar 2021 eingerichtete ARF ist Kernstück des Wiederaufbauplans NextGenerationEU und soll die Mitgliedstaaten (MS) bei der wirtschaftlichen Erholung nach der Corona-Pandemie und zugleich bei der grünen und digitalen Transformation unterstützen. In ihrer Halbzeitbewertung zieht die Kommission eine weitgehend positive Bilanz: Bis Ende 2023 habe sie mehr als 1150 Etappenziele und Zielwerte als „zufriedenstellend erreicht“ bewertet. Knapp 225 Mrd. EUR an ARF-Mitteln seien an die MS ausgezahlt worden. 67 Mrd. EUR seien als Vorfinanzierung ausgezahlt worden, um Reformen und Investitionen anzustoßen. Die Kommission geht davon aus, dass von 2019 bis 2025 ca. die Hälfte des erwarteten Anstiegs der öffentlichen Investitionen auf aus dem EU-Haushalt – und hier v.a. aus der ARF – finanzierte Investitionen zurückgehen wird.

https://commission.europa.eu/about-european-commission/departments-and-executive-agencies/economic-and-financial-affairs/evaluation-reports-economic-and-financial-affairs-policies-and-spending-activities/mid-term-evaluation-recovery-and-resilience-facility-rrf_en?prefLang=de

Soziale s

EuGH; Anrechnung von Erziehungszeiten für die Erwerbsminderungsrente

Am 22.02.2024 urteilte der EuGH in der Rechtssache C-283/21 auf Vorabentscheidungsersuchen des nordrhein-westfälischen Landessozialgerichts über die Anrechnung von Erziehungszeiten für die Erwerbsminderungsrente. Geklagt hatte eine niederländische Staatsbürgerin gegen die Deutsche Rentenversicherung Bund (RV). Vor Aufnahme sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse in DEU hatte sie ihre Kinder in den NDL aufgezogen. Bereits vor der Geburt ihrer Kinder hatte sie in DEU eine Ausbildung zur Erzieherin und ein unbezahltes Praktikum absolviert. Als die Frau erwerbsunfähig wurde, rechnete die RV die Erziehungszeiten in den NDL nicht zur Ermittlung der Erwerbsminderungsrente an. Der EuGH urteilt, dass diese in dem speziellen Fall anzurechnen seien, da der Bezug der Klägerin zu DEU hinreichend gegeben sei.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=66471EC29DF58A6299018914BF3A25DA?text=&docid=283041&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=3402113>

Kommission; Evaluierung von EU-Hilfsfonds für Arme (FEAD) gestartet

Vom 14.02. bis zum 08.05.2024 führt die Kommission eine Konsultation zum Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (FEAD) durch. Ziel des FEAD ist es, die schlimmsten Formen der Armut zu lindern und die soziale Inklusion zu fördern. Evaluert wird hierbei die Gesamtleistung des Fonds im Gesamtzeitraum der Förderperiode 2014-2020. Analysiert wird hierbei die Wirksamkeit, Effizienz, Relevanz, der Mehrwert auf EU-Ebene sowie die Komplementarität und Kohärenz mit anderen Fonds, Strategien und Instrumenten. Hinzu kommt auch die Flexibilisierung in Hinblick auf hinzukommende Anforderungen, wie die COVID-19-Pandemie, die Versorgung von Flüchtlingen aus der Ukraine und die Energieversorgungsproblematik.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13715-Hilfe-fur-die-am-starksten-benach-teiligten-Personen-Evaluierung-des-FEAD-2014-2020_de

Eurostat; 41% der der Naturwissenschaftler und Ingenieure sind Frauen

Wie Eurostat am 12.02.2024 mitteilte, ist der Anteil von Frauen in den Natur- und Ingenieurwissenschaften im Jahr 2022 um 310.500 gestiegen. Somit sind 41% der Gesamtbeschäftigten in diesen Bereichen weiblich. Die Verteilung schwankt jedoch in den Mitgliedstaaten zwischen 31% und 53%. Spitzenreiterin ist DNK, DEU weist 34% auf.

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/w/ddn-20240212-1>

Gesundheit und Verbraucherschutz

Kommission; Konsultation zu Beschränkungen für Bisphenol A (BPA) in Lebensmittelkontaktmaterialien

Die Kommission stellt für die Zeit vom 09.02. bis zum 08.03.2024 den Entwurf einer Verordnung über Beschränkungen für Bisphenol A und andere Bisphenole in Lebensmittelkontaktmaterialien zur Konsultation. Mit dieser Initiative soll die Verwendung von BPA in Lebensmittelkontaktmaterialien (einschließlich Kunststoffen und beschichteter Verpackungen) verboten werden. Grundlage ist die Veröffentlichung eines entsprechenden Gutachtens durch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit, in der diese ein Gesundheitsrisiko feststellte. Weitere Zielsetzungen der Maßnahmen sind die Verhinderung der Verwendung anderer Bisphenole in Lebensmittelkontaktmaterialien sowie die Festlegung von Ausnahmeregelungen und Übergangsfristen.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13832-Lebensmittelsicherheit-Beschränkungen-fur-Bisphenol-A-BPA-und-andere-Bisphenole-in-Lebensmittelkontaktmaterialien_de

Kommission; Online-Influencer machen kommerzielle Inhalte selten transparent

Am 14.02.2024 haben die Kommission und die nationalen Verbraucherschutzbehörden von 22 Mitgliedstaaten sowie Norwegen und Island die Ergebnisse einer Überprüfung („Sweep“) von Influencer-Posts in den sozialen Medien vorgelegt. Demnach veröffentlichen 97% der Influencerinnen und Influencer kommerzielle Inhalte, aber nur jede/r Fünfte gibt systematisch an, dass es sich bei diesem Content

um Werbung handelt. Weiterhin wurde festgestellt, dass ein Großteil der untersuchten Influencerinnen und Influencer gewerbliche Tätigkeiten ausübt, jedoch nur etwa ein Drittel auf nationaler Ebene als Händlerin oder Händler registriert ist. Weitere Auffälligkeiten konnten im Bereich der Offenlegung und Darstellung von Partnerschaften sowie der Transparenz von kommerziellen Inhalten festgestellt werden. Als Ergebnis des Sweep wurden 358 Influencerinnen und Influencer für weitere Untersuchungen auf nationaler Ebene vorgemerkt, um zur Einhaltung der geltenden Vorschriften aufzufordern. Die wichtigsten betroffenen Sektoren sind in absteigender Reihenfolge: Mode, Lifestyle, Schönheit, Food, Reisen und Fitness/Sport. Seit dem 17.02.2024 findet das Gesetz über digitale Dienste in der gesamten EU auf alle Online-Plattformen Anwendung. Mit diesem Gesetz werden die Verpflichtungen harmonisiert. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_708

Rat; Stärkung von Verbraucherrechten

Am 20.02.2024 hat der Rat eine Richtlinie zur Stärkung von Verbraucherrechten im Hinblick auf den ökologischen Wandel angenommen. In diesem Zusammenhang werden die Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken sowie die Richtlinie über die Rechte der Verbraucher an den ökologischen Wandel in der Kreislaufwirtschaft angepasst. Die Richtlinie soll Verbraucherinnen und Verbraucher vor irreführenden und unlauteren Behauptungen über den Kohlenstoffausgleich schützen. Sie wird auch die Haftung der Händler in Fällen von Informationen (oder fehlenden Informationen) über frühzeitige Obsoleszenz, unnötige Software-Updates oder die ungerechtfertigte Verpflichtung zum Kauf von Ersatzteilen beim ursprünglichen Hersteller klären. Die Richtlinie wird auch die zur Verfügung stehenden Verbraucherinformationen verbessern, um kreislaforientierte und ökologische Entscheidungen zu ermöglichen. So werden Produkte in der gesamten EU ein harmonisiertes Etikett mit Informationen über die kommerzielle Garantie der Haltbarkeit tragen.

https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2024/02/20/consumer-rights-final-approval-for-the-directive-to-empower-consumers-for-the-green-transition/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Consumer+rights%3a+final+approval+for+the+directive+to+empower+consumers+for+the+green+transition

EuGH; Zurückweisung der Rechtsmittel gegen die Eintragung des Namens „Halloumi“ als geschützte Ursprungsbezeichnung

Der EuGH weist mit Urteil vom 21.02.2024 in der Rechtssache T-361/21 die von Papouis Dairies Ltd sowie anderen Personen eingelegte Klage zur Verhinderung der Eintragung des Namens „Halloumi“ als geschützte Ursprungsbezeichnung gegen die Kommission in vollem Umfang ab. Er stellt fest, dass die Kommission bei der Prüfung, ob die Eintragung in das Register der geschützten Ursprungsbezeichnungen im Einklang mit EU-Recht steht, nicht untersuchen muss, ob das Verfahren zur Gewinnung des Erzeugnisses einem bereits bestehenden nationalen Erzeugungsstandard entspricht. Weiterhin stellt der EuGH fest, dass der nationale Erzeugungsstandard nicht ausschließt, dass der Anteil der Ziegen- oder Schafsmilch oder ihrer Mischung in diesem Käse höher ist als der Anteil der Kuhmilch. Darüber hinaus weist das Gericht u.a. das Argument zurück, die Kommission habe keine ausreichende Analyse des Marktes und der Situation der betroffenen Unternehmen durchgeführt.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=283002&pageIndex=0&doclang=EN&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=3113591>

Kommission; Start für EU-Projekt im Bereich antimikrobielle Resistenzen

Die Kommission hat am 13.02.2024 verkündet, dass eine Maßnahme zu antimikrobiellen Resistenzen (AMR) und nosokomialen Infektionen im Rahmen des

Programms EU4Health mit 50 Mio. EUR unterstützt wird. Die Aktion JAMRAI 2 bringt alle EU-Mitgliedstaaten sowie Island, Norwegen und die Ukraine zusammen. Gegenstand der Kooperation sind die Infektionsprävention und -kontrolle, Überwachung, umsichtiger Einsatz antimikrobieller Mittel, Sensibilisierung und Innovation.
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_24_785

Kommission; Start für EU-Projekt im Bereich der Gesundheitsunion

Die Kommission hat am 13.02.2024 verkündet, dass eine Maßnahme im Bereich Krebsprävention und andere nichtübertragbare Krankheiten, wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes sowie psychische Gesundheit, mit 76 Mio. EUR aus dem Programm EU4Health finanziert wird. Das Projekt JA PreventNCD vereint die nationalen Behörden von 22 EU-Mitgliedstaaten (darunter DEU) sowie Norwegens, Islands und der Ukraine. Ziel ist es, eine umfassende europäische Infrastruktur aufzubauen, um Faktoren im Zusammenhang mit Krebs und anderen nichtübertragbaren Krankheiten zu überwachen und sich auf den Abbau sozialer Ungleichheiten zu konzentrieren.

https://health.ec.europa.eu/non-communicable-diseases/cancer/europes-beating-cancer-plan-eu4health-financed-projects/projects/ja-preventncd_en

U m w e l t

Rat; EP; Informelle Einigung zur Meeresverschmutzung durch Schiffe

Rat und EP haben am 15.02.2024 eine vorläufige Einigung über einen Vorschlag zur Änderung der Richtlinie 2005/35/EG über die Meeresverschmutzung durch Schiffe und die Einführung von Sanktionen für Verschmutzungsdelikte erzielt. Die Richtlinie soll an das Internationale Übereinkommen zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe (Marpol) angeglichen und auf weitere Schadstoffe ausgeweitet werden, die ins Meer eingeleitet werden, wie z.B. Abwässer und Abfall. Weiterhin soll die Transparenz verbessert werden, indem Delikte sowie Überwachungsmaßnahmen online verfügbar gemacht und wirksamere Verwaltungssanktionen eingeführt werden. Die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten sollen bessere Möglichkeiten für den Informations- und Erfahrungsaustausch über Plattformen erhalten. Die Maßnahmen dienen dazu, die abschreckende Wirkung zu erhöhen, und tragen zur Verhütung der Verschmutzung der europäischen Meere bei.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/02/15/maritime-safety-council-and-parliament-strike-a-deal-to-ensure-cleaner-shipping-in-the-eu/>

Kommission; Konsultation zur Reduktion bestimmter Luftschadstoffe

Die Kommission hat am 15.02.2024 Sondierungen zur Richtlinie über die Reduktion der nationalen Emissionen bestimmter Luftschadstoffe eröffnet. Die Rechtsvorschriften zur Verringerung der nationalen Emissionen bestimmter Luftschadstoffe enthalten Verpflichtungen, die jeder Mitgliedstaat für fünf Luftschadstoffe erfüllen muss, die die menschliche Gesundheit und die Umwelt erheblich schädigen. Ziel der Konsultation ist die Feststellung, ob die Rechtsvorschriften ihre Ziele erfolgreich erreicht haben und ob die Ziele angesichts der sich ändernden Umstände noch relevant sind. Die Frist für die Rückmeldung endet am 14.03.2024.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13968-Richtlinie-uber-die-Reduktion-der-nationalen-Emissionen-bestimmter-Luftschadstoffe-Bewertung_de

EP; Rat; Einigung zur Zertifizierung von Kohlenstoffabscheidung

Rat und EP haben am 20.02.2024 eine vorläufige Einigung über die Verordnung zu einem EU-weiten Zertifizierungsrahmen für die Kohlenstoffabscheidung erzielt. Nach Inkrafttreten ist die Verordnung ein erster Schritt zur Schaffung eines umfassenden Rahmens für die Kohlenstoffabscheidung und die Verringerung von Bodenemissionen, auch im Hinblick auf das Ziel zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2050. Es wird in der Verordnung zwischen vier verschiedenen Arten der Kohlenstoffabscheidung bzw. der Emissionsreduzierung unterschieden: der dauerhaften Kohlenstoffabscheidung, der temporären Kohlenstoffspeicherung in langlebigen Produkten, der vorübergehenden Kohlenstoffspeicherung durch Kohlenstoffabbau sowie der Verringerung der Bodenemission. Weiterhin ist vorgesehen, dass die Kohlenstoffabbauaktivitäten vier übergreifende Kriterien erfüllen müssen, um zertifiziert zu werden – Quantifizierbarkeit, Zusätzlichkeit, Langfristigkeit und Nachhaltigkeit. Ziel ist es, die Entwicklung von Technologien zur Kohlenstoffabscheidung und von nachhaltigen Lösungen für die Kohlenstoffbewirtschaftung zu fördern. Außerdem sollen neue Einkommensmöglichkeiten für Unternehmen geschaffen werden, die Technologien zur Kohlenstoffentfernung einsetzen oder Produkte zur dauerhaften Kohlenstoffspeicherung entwickeln, sowie für Landbewirtschaftler, die innovative Kohlenstoffbewirtschaftungsmethoden anwenden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/02/20/climate-action-council-and-parliament-agree-to-establish-an-eu-carbon-removals-certification-framework/>

Rat; EP; Einigung zur Überarbeitung der Luftqualitätsrichtlinie

Rat und EP haben am 20.02.2024 eine vorläufige Einigung über die Überarbeitung der Luftqualitätsrichtlinie erzielt. Diese soll zum Ziel einer schadstofffreien Umwelt bis 2050 beitragen. Die Luftqualitätsnormen sollen dazu an die Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) angenähert werden. Mit den neuen Vorschriften ergeben sich für 2030 strengere Grenz- und Zielwerte für eine Vielzahl von luftverschmutzenden Stoffen wie Feinstaub und Partikel (PM_{2,5} und PM₁₀), Stickstoffdioxid (NO₂), Schwefeldioxid (SO₂), Benzo(a)pyren, Arsen, Blei und Nickel. Unter bestimmten Voraussetzungen soll jedoch eine Fristverlängerung beantragt werden können. Der vorläufig vereinbarte Text sieht weiterhin vor, dass die Kommission die Luftqualitätsnormen bis 2030 und danach alle fünf Jahre überprüft, um festzustellen, ob eine Anpassung an Vorgaben der WHO-Leitlinien erforderlich ist. Darüber hinaus sollen Mitgliedstaaten sicherstellen, dass die Bürgerinnen und Bürger Anspruch auf Entschädigung haben, wenn ihre Gesundheit infolge eines vorsätzlichen oder fahrlässigen Verstoßes gegen die nationalen Vorschriften zur Umsetzung bestimmter Bestimmungen der Richtlinie geschädigt wurde. Mit den Vorschriften soll die Qualität der Atemluft insgesamt erheblich verbessert und die Luftverschmutzung wirksam bekämpft werden, um Todesfälle und Gesundheitsrisiken zu verringern.

<https://nsl.consilium.europa.eu/104100/Newsletter/hnsmspjl2i46jihpvmc2mznh6pgof5bd7a4mo7bwwuj4vydv3henddrvvtjwrzlbcr6y4ll5nwso?culture=en-GB>

L a n d w i r t s c h a f t

EP; Bewirtschaftung von Thunfisch im Ostatlantik und im Mittelmeer

Das EU-Parlament billigte am 06.02.2024 die mit dem Rat erzielte informelle Einigung zur Änderung der Verordnung zur Festlegung von Bewirtschaftungs-, Erhaltungs- und Kontrollmaßnahmen für den Übereinkommensbereich der Internationalen Konvention zur Erhaltung der Thunfischbestände im Atlantik (ICCAT) und der Verordnung zur

Festlegung eines mehrjährigen Bewirtschaftungsplans für Roten Thun im Ostatlantik und im Mittelmeer. Der Rat muss noch förmlich zustimmen. Die EU ist seit dem 14.11.1997 Vertragspartei von ICCAT. Die ICCAT ist befugt, verbindliche Empfehlungen zur Erhaltung und Bewirtschaftung von Fischbeständen in ihrem Zuständigkeitsbereich zu erlassen. Die ICCAT-Empfehlungen treten sechs Monate nach ihrer Verabschiedung in Kraft und müssen für die Mitgliedstaaten in Unionsrecht umgesetzt werden.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0061_DE.html

EP; Kontrollmaßnahmen im Gebiet der Fischerei im Nordostatlantik

Das EP beschloss am 07.02.2024 seinen Standpunkt zum Verordnungsvorschlag, mit dem die von der Kommission für die Fischerei im Nordostatlantik (NEAFC) angenommenen Erhaltungs-, Bewirtschaftungs- und Kontrollmaßnahmen zusammengestellt und in Unionsrecht umgesetzt werden.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2024-0004_EN.html

Kommission; Ausnahmen zu Brachflächen in der Landwirtschaft für 2024

Die Kommission veröffentlichte am 13.02.2024 eine Durchführungsverordnung im Amtsblatt, die es Landwirtinnen und Landwirten in der EU ermöglicht, 2024 Ausnahmen von den Vorschriften der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zu verpflichtenden nichtproduktiven Flächen in Anspruch zu nehmen. Anstatt 4% ihres Ackerlandes brachliegend oder unproduktiv zu belassen, wird ihnen ermöglicht, stickstoffbindende Pflanzen (wie Linsen, Erbsen oder Bohnen) oder Zwischenfrüchte auf diesen Flächen anzubauen. Die Kulturen müssen ohne Pflanzenschutzmittel angebaut werden, um den Bedingungen der GAP zu entsprechen. Die Verordnung soll rückwirkend ab dem 01.01.2024 gelten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_781

J u s t i z

EuGH; Kommission kann eine Europäische Bürgerinitiative teilweise registrieren, um die Bürgerbeteiligung an der Demokratie der Union zu fördern

Der EuGH entschied mit Urteil vom 22.02.2024 in der Rechtssache C-54/22 P, dass die Kommission die geplante Europäische Bürgerinitiative (EBI) „Kohäsionspolitik für die Gleichstellung der Regionen und die Erhaltung der regionalen Kulturen“ teilweise registrieren durfte. Damit weist der EuGH das Rechtsmittel von ROM zurück, das die Auffassung vertreten hatte, die teilweise Registrierung der EBI durch die Kommission finde keine rechtliche Grundlage. Der Gerichtshof stellt hierzu fest, dass die Verordnung über die EBI in ihrer zum Zeitpunkt der Registrierung dieser geplanten EBI geltenden Fassung für die Kommission zwar nicht ausdrücklich die Möglichkeit vorsah, eine geplante EBI teilweise zu registrieren. Jedoch ziele diese Verordnung darauf ab, die Bürgerinnen und Bürger zur Teilnahme am demokratischen Leben der Union zu ermutigen und die Union zugänglicher zu machen. Hieraus folge die Verpflichtung der Kommission, den Zugang zur EBI zu erleichtern. Folglich könne sie eine geplante EBI auch teilweise registrieren.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=75C6017C02E11153C5FE2CAFFBDEEE01?text=&docid=283044&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=3454485>

Europol; Zerschlagung eines kriminellen Cybernetzwerkes

Wie das Europäische Polizeiamt (Europol) am 12.02.2024 berichtete, wurden im Rahmen einer internationalen Operation mehrere Internetdomänen beschlagnahmt, die von Cyberkriminellen für den Verkauf von Malware genutzt wurden. Im Rahmen der Operation wurden zwei Verdächtige in MTA und Nigeria verhaftet. Die Operation wurde vom FBI geleitet und von Europol und der Joint Cybercrime Action Taskforce (J-CAT) unterstützt. Europol leistete analytische Unterstützung bei den Ermittlungen, die zu der Operation führten, an der Australien, Kanada, KRO, FIN, DEU, MTA, die NDL, Nigeria, ROM und die USA beteiligt waren.

<https://www.europol.europa.eu/media-press/newsroom/news/international-cybercrime-malware-service-targeting-thousands-of-unsuspecting-consumers-dismantled>

Kommission; Bericht über die Umsetzung der Verordnung über terroristische Online-Inhalte

Die Kommission hat am 14.02.2024 einen Bericht über die Umsetzung der Verordnung zur Bekämpfung der Verbreitung terroristischer Inhalte im Internet angenommen. Der Bericht bewertet die Anwendung der Verordnung durch die Mitgliedstaaten (MS) und Online-Plattformen sowie ihre Auswirkungen auf die Bekämpfung der Verbreitung terroristischer Inhalte im Internet. Die Verordnung gilt seit dem 07.06.2022 und ermöglicht es, terroristische Inhalte in der EU innerhalb einer Stunde nach einer Anordnung durch die Behörden der MS zu entfernen. Dies gilt für Online-Plattformen, die Dienste in der EU anbieten, und soll die Sicherheit der Bürger gewährleisten. Die Kommission berichtet, dass die Verordnung die Verbreitung terroristischer Inhalte im Internet wirksam verhindert habe. Laut dem Bericht der Kommission hätten bislang 23 MS zuständige Behörden für die Ausstellung von Beseitigungsanordnungen benannt, die seit Juni 2022 um die 350 Beseitigungsanordnungen erlassen haben.

https://home-affairs.ec.europa.eu/news/commission-reports-effective-implementation-terrorist-content-online-regulation-2024-02-14_en?prefLang=de

EP; Abgeordnete bestätigen neuen Rechtsrahmen für Asyl und Migration

Die Abgeordneten des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) des EP bestätigten am 14.02.2024 die mit den EU-Mitgliedstaaten (MS) in einer vorläufigen Einigung vereinbarten Gesetzestexte zur Migrations- und Asylpolitik mit jeweils deutlichen Mehrheiten. Die Reform sieht vor, dass Asylbewerber, die nicht in die EU einreisen dürfen, sich einem Verfahren an den Außengrenzen stellen müssen. Dieses beinhaltet die Aufnahme von biometrischen Daten sowie Gesundheits- und Sicherheitskontrollen und soll bis zu sieben Tage dauern können. Die Aufnahme der Daten schließt Kinder ab einem Alter von sechs Jahren ein. Die neuen Regelungen sollen die Bearbeitung von Asylanträgen beschleunigen und europaweit vereinheitlichen. Asylbewerber, deren Asylanträge in diesen Grenzverfahren abgelehnt werden, sollen ohne vorherige Einreise in die EU direkt zurückgeschickt werden. Außerdem beinhaltet die Reform einen Solidaritätsmechanismus, welcher die MS entweder zur Aufnahme von Asylbewerbern oder anderen Solidaritätsleistungen verpflichtet. Staaten, die in einem Krisenfall mit besonders hohen Zahlen von Asylbewerbern konfrontiert sind, sollen besondere Unterstützung erhalten können. Des Weiteren soll es ein Umsiedlungssystem geben, das Asylbewerbern einen sicheren und legalen Weg in die EU ermöglicht. Staaten sollen auf freiwilliger Basis besonders vulnerable Geflüchtete aufnehmen können, die von der UNHCR ausgewählt werden.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20240212IPR17628/asylum-and-migration-civil-liberties-committee-endorses-the-agreements>

Rat; EP; Vorläufige Einigung über Verlängerung der freiwilligen Chatkontrolle bis 2026

Rat und EP haben sich am 15.02.2024 vorläufig auf eine Verordnung geeinigt, mit der eine Übergangsmaßnahme zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet bis zum 03.04.2026 verlängert werden soll. Kommunikationsdienste können damit weiterhin spezielle Technologien nutzen, um sexuellen Kindesmissbrauch in ihren Diensten aufzudecken, zu melden und zu entfernen. Diese Ausnahmeregelung wäre am 03.08.2024 ausgelaufen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/02/15/child-sexual-abuse-council-and-european-parliament-agree-to-prolong-protection-measure/>

Frontex; EUAM Ukraine; Vereinbarung einer verstärkten Zusammenarbeit

Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) und die Beratungsmission der Europäischen Union (EUAM) in der Ukraine haben am 19.02.2024 eine verstärkte Zusammenarbeit vereinbart. Diese soll zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität und zur Bewältigung der irregulären Migration an den Ostgrenzen der EU beitragen. Die Vereinbarung zielt auf eine Förderung der europäischen Standards für die integrierte Grenzverwaltung und eine verbesserte Zusammenarbeit im Bereich der Situationserkennung und Grenzüberwachung.

<https://www.frontex.europa.eu/media-centre/news/news-release/frontex-and-euam-ukraine-strengthen-cooperation-b75OyF>

Bildung und Kultur

EP; Veranstaltung zum „European Music Council; New European Bauhaus“

Am 21.02.2024 fand im EP die Veranstaltung „Music@NEB – sounding out opportunities for music in the New European Bauhaus (NEB)“ statt. MdEP Marcos Ros Sempere (S&D/ESP) eröffnete die Veranstaltung. Er betonte, dass das NEB das erste Projekt sei, das Kultur in das Zentrum einer „Policy“ setze. Das NEB sei kein Projekt mit direktem Budget, sondern ein Aufruf zum Handeln. Es könnten allerdings im Rahmen des NEB Mittel anderer Fördertöpfe wie z.B. Kreatives Europa oder Horizont Europa beantragt werden. Auch die Möglichkeit, im Rahmen des Europäischen Grünen Deals Fördermittel für eine grüne Transition der Musikindustrie zu erhalten, wurde angesprochen. Solène Gautron (Joint Research Centre, Kommission) betonte, dass das Agieren auf lokaler Ebene der Schlüssel für eine erfolgreiche Umsetzung des NEBs sei. Akteure könnten sich dem aktuell offenen Aufruf für Partnerschaften und Freunde des NEBs anschließen. Verschiedene Akteure aus der Musikindustrie wie z.B. Musiker und Produzenten betonten, dass lokale Veranstaltungen der Schlüssel für eine erfolgreiche Umsetzung seien. Diese seien in großem Maße von öffentlichen Förderungen abhängig. Musik wurde von allen Akteuren als essentieller Bestandteil der Lösung gesellschaftlicher, kultureller und umweltbezogener Problem identifiziert.

<https://www.emc-imc.org/events/musicneb-in-the-european-parliament-2024>

Information, Kommunikation und Medien

Kommission; Weißbuch zu digitalen Infrastrukturen – Fair Share Debatte

Die Kommission hat am 21.02.2024 ein Weißbuch zur Zukunft der digitalen Infrastruktur in der EU vorgelegt und eine Konsultation eingeleitet. Aus medienpolitischer Sicht ist die Initiative von Interesse, da sie mit der Debatte um die sog. „Netzabgabe“

(Fair Share) der digitalen Diensteanbieter zugunsten der Telekommunikationsunternehmen verknüpft ist. Befürworter verweisen darauf, dass große Anbieter wie Netflix oder Google soviel Datenverkehr generieren, dass sie am Ausbau der nötigen digitalen Infrastruktur zu beteiligen sind. Kritiker der Abgabe sehen dadurch die Netzneutralität in Gefahr, was auch zulasten von Medieninhalten gehen würde. Auch die für die Medien wichtige Frequenzverwaltung wird in dem Weißbuch thematisiert. So stellt die Kommission eine stärkere Harmonisierung der Frequenzvergabe zur Diskussion. Die Konsultation endet am 30.06.2024. Die Beiträge werden veröffentlicht und sollen in den weiteren Entscheidungsprozess der Kommission einfließen.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/library/white-paper-how-master-europes-digital-infrastructure-needs>

V e r a n s t a l t u n g e n

„Früher Vogel“ – Diskussion mit dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels zur „Late Payment Regulation“

Am 15.02.2024 fand in der Hessischen Landesvertretung auf Einladung der Vertretung des Landes Hessen bei der EU und des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels ein Frühstücksgespräch in der Reihe „Der frühe Vogel“ zur „Late Payment Regulation“ (Verordnung zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr) statt. Kristina Kramer sowie Dr. Jessica Sängler, Vertreterinnen des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels e.V., führten in das Thema ein und betonten dessen aktuelle Relevanz aufgrund der laufenden Verhandlungen in EP und Rat. Isabelle Kobinger, Referentin für Verbraucherrecht, Binnenmarkt und Digitalthemen beim Handelsverband Deutschland e.V., und Alyna Wnukowsky, Geschäftsführerin bei Libri, schilderten in ihren Beiträgen die großen Probleme, die der Verordnungsentwurf der Kommission für den Einzelhandel und speziell für den Buchhandel mit sich brächte. Der Ansatz der Kommission, neue Regeln zur Bekämpfung von Zahlungsverzug aufzustellen, beinhaltet u.a. – trotz des Betreffs „Zahlungsverzugs“ im Titel –, v.a. die vertragliche Vereinbarung von Zahlungszielen zu beschränken. Er sieht für alle Verträge im Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen sowie zwischen der öffentlichen Hand und Unternehmen eine einheitliche und nicht abdingbare Zahlungsfrist von 30 Kalendertagen vor. Dieser Vorschlag habe laut den Vortragenden starke ungewollte Nebeneffekte. Auf dem Buchmarkt seien z.B. durch marktspezifische Faktoren Zahlungsvereinbarungen von etwa 120 Tagen Dauer aus verschiedenen Gründen gebräuchlich und von den Vertragspartnern vielfach explizit gewünscht. Erwähnt wurde auch, dass der Bundesrat bereits in einer Stellungnahme die starre Zahlungsfrist von 30 Kalendertagen abgelehnt hat. Bei der anschließenden Diskussion mit rund 30 Teilnehmenden wurden diese und weitere problematische Aspekte des Entwurfs diskutiert, so etwa der von der Kommission geforderte Aufbau einer neuen Durchsetzungsbehörde und neue Berichtspflichten. Die administrative Last für die zuständigen EU-Stellen, die nationalen Kontrollstellen und vor allem bei den Unternehmen werde mit dem jetzigen Ansatz steigen, so mehrere Diskussionspartizipierende. Lange Zahlungsziele seien vor allem nicht gleichzusetzen mit Zahlungsverzug, betonten mehrere Gäste. Der Vorschlag der Kommission drohe, Lieferketten zu stören, auch über den Buchhandel hinaus.

Europa im Gespräch: „Digitaler Euro – Zukunftsvision oder Schreckgespenst?“

Auf Einladung des Hessischen Ministers für Bundes- und Europangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung Manfred Pentz fand am 20.02.2024 in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel eine Veranstaltung in der Reihe „Europa im

Gespräch“ zum Thema „Digitaler Euro – Zukunftsvision oder Schreckgespenst?“ statt. Vor mehr als 200 Gästen bot Prof. Dr. Joachim Wuermeling, früheres Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank und seit Jahresbeginn Dozent an der Berliner Wirtschaftshochschule ESMT, einen Einblick in mögliche Anwendungsbereiche des digitalen Euro. So könne dieser einen wahren Digitalisierungsschub in der EU auslösen und in einer Vielzahl von Branchen wie etwa dem Handwerk und Einzelhandel, aber auch der öffentlichen Verwaltung zum Einsatz kommen. Dafür sei es aber nötig, den digitalen Euro – anders als in den aktuellen Plänen der EZB vorgesehen – tokenisiert, d.h. auf der Grundlage der Blockchain-Technologie, aufzusetzen. Im Anschluss skizzierte MdEP Dr. Stefan Berger (EVP/DEU) als Berichterstatter für das Dossier digitaler Euro den aktuellen Stand der Gesetzgebung. Wichtig sei v.a., Wirtschaft und Gesellschaft auf breiter Basis miteinzubeziehen und sich klar zum Fortbestand des Bargeldes zu bekennen. In der anschließenden, von Dr. Detlef Fechtner (Börsen-Zeitung) moderierten Podiumsdiskussion gingen Prof. Dr. Wuermeling und MdEP Dr. Berger u.a. auf das Thema Haltelimits sowie Bedenken zur Privatsphäre und zur gesellschaftlichen Akzeptanz des digitalen Euros ein.

Konferenz zur Reform des ukrainischen Prozessrechtes

Am 22.02.2024 fand in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel eine Konferenz der Wiesbaden Business School zum Thema „Reform des ukrainischen Prozessrechtes unter besonderer Berücksichtigung der Unabhängigkeit von Richtern und Rechtsanwälten“ statt. Die Konferenz fand vor Ort und online statt, damit aus der Ukraine Interessierte sich ebenfalls zuschalten und beteiligen konnten. Angesprochen wurde vor allem, dass sich für die Ukraine im Bereich der Unabhängigkeit der Justiz große Herausforderungen ergäben. Festgestellt wurde, dass umfangreiche Reformen noch keinen durchschlagenden Erfolg gebracht hätten. Zudem habe der russische Angriffskrieg die Situation der Justiz in der Ukraine erheblich erschwert. Die Ukraine bemühe sich dennoch weiter darum, ihr Justizsystem und die Anwaltschaft zu reformieren, um die Voraussetzungen für einen EU-Beitritt zu schaffen. Insbesondere die Rechtsstaatlichkeit im Rahmen des Beitrittsprozesses habe hier eine herausragende Bedeutung.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

| | |
|-------------------|---|
| 25.-29.02.2024 | Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ (Handel) |
| 26./27.02.2024 | Informelle Tagung der Ministerinnen und Minister für Gleichstellung |
| 26.02.2024 | Rat „Landwirtschaft und Fischerei“ |
| 29.02./01.03.2024 | Informelle Tagung auf Ministerebene „Bildung“ |
| 04./05.03.2024 | Rat „Justiz und Inneres“ |

04.03.2024 Rat „Verkehr, Telekommunikation und Energie“

07.03.2024 Rat „Wettbewerbsfähigkeit“

Europäische Kommission

27.02.2024

- Fortschrittliche Materialien für eine industrielle Führungsrolle

05.03.2024

- Mitteilung über Reformen im Vorfeld der Erweiterung und Überprüfung politischer Maßnahmen
- Europäische Strategie für die Verteidigungsindustrie
- Programm für Europäische Verteidigungsinvestitionen (EDIP)

Europäisches Parlament

Plenarsitzung in Straßburg vom 26.-29.02.2024

Ansprache von Julia Nawalnaja vor dem EP
Gesetz zur Wiederherstellung der Natur: Abstimmung über endgültigen Text
Ukraine-Hilfen und STEP: Halbzeitüberarbeitung des langfristigen EU-Haushalts
Neue Liste von Umweltstraftaten und Sanktionen
Schutz von Journalisten: Neues Gesetz zur Bekämpfung missbräuchlicher Klagen
Neue EU-Vorschriften über Führerscheine
Die Notwendigkeit unverbrüchlicher EU-Unterstützung für die Ukraine zwei Jahre nach dem Beginn von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine
Geografische Angaben für Wein, Spirituosen und landwirtschaftliche Erzeugnisse
Richtlinie über Plattformarbeit
Transparenz und Targeting politischer Werbung, insbesondere im Internet
Debatte über aktuelle Entwicklungen im Gaza-Konflikt
Europäischer Rahmen für die digitale Identität
Neue Regeln zur Erhebung und zum Austausch von Daten im Zusammenhang mit Kurzzeitvermietungsleistungen
Bericht der Kommission über die Rechtsstaatlichkeit 2023
Abkommen zwischen der EU und Chile
Reformen im Vorfeld der Erweiterung und Überprüfung politischer Maßnahmen – Erklärung der Kommission und: Vertiefung der EU-Integration mit Blick auf eine künftige Erweiterung
Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik – Jahresbericht 2023

Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik – Jahresbericht 2023
 Besserer Schutz der Union vor Marktmanipulation auf dem Energiegroßhandelsmarkt
 Verbringung von Abfällen
 Detergenzien und Tenside, Änderung der Verordnung (EU) 2019/1020 und Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 648/2004
 Erklärung der Kommission – Zunehmende Ungleichheiten in der Welt
 Die aktuelle Lage im Osten der Demokratischen Republik Kongo – Erklärung des EU-Außenbeauftragten
 Engere Beziehungen zwischen der EU und Armenien und die Notwendigkeit eines Friedensabkommens zwischen Aserbaidschan und Armenien, Erklärung des EU-Außenbeauftragten
 Nathalie Loiseau – Empfehlung an den Rat, die Kommission und den EAD zur Lage in Syrien
 Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der Republik Kenia, Mitglied der Ostafrikanischen Gemeinschaft, einerseits und der Europäischen Union andererseits
 Kritische Lage in der Republik Kuba
 Nächste Schritte zu mehr Patientensicherheit durch rasche Gewährleistung der Verfügbarkeit von Medizinprodukten durch eine gezielte Übergangsfrist, Erklärung der Kommission
 Empfehlung der Kommission zu sicheren und widerstandsfähigen Unterwasserkabeln, Erklärung der Kommission
 Finanzaktivitäten der Europäischen Investitionsbank – Jahresbericht 2023
 Unseren Wettbewerbsvorteil zurückgewinnen – eine florierende EU in einer fragmentierten Weltwirtschaft, Aktuelle Debatte (Artikel 162 GO)

Europäischer Gerichtshof

EuGH

- 28.02.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-683/22 Adusbef (Morandi-Brücke) – Konzessionsverlängerung für die Morandi-Brücke in Genua
- 29.02.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-222/22 Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (Nachträgliche religiöse Bekehrung) – Selbst herbeigeführter Nachfluchtgrund

- 29.02.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-606/21 Doctipharma – Online-Plattform für nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel
- 29.02.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-584/22 Kiwi Tours – Rückerstattung der Reisekosten bei pandemiebedingtem Rücktritt
- 29.02.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in den verbundenen Rechtssachen C-17/22 HTB Neunte Immobilien Portfolio und C-18/22 Ökorenta Neue Energien Ökostabil IV – Auskunft über Mitbeteiligte an einem Investmentfonds
- 29.02.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in den verbundenen Rechtssachen C-123/23 Khan Yunis und C-202/23 Baabda – Neuer Asylantrag nach erfolglosem Asylverfahren in einem anderen Mitgliedstaat
- 29.02.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-264/23 Booking.com und Booking.com (Deutschland) – Streit um Bestpreisklauseln (Niederlande)
- 05.03.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-234/21 Défense Active des Amateurs d’Armes u. a. – Übergangsregelung für halbautomatische Waffen
- 05.03.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtsmittelsache C-588/21 P Public.Resource.Org und Right to Know / Kommission u. a. – Zugang zu CEN-Sicherheitsnormen für Spielzeug
- 05.03.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtsmittelsache C-755/21 P Kočner / Europol – Schadensersatz bei Verstoß gegen Datenschutzregelungen
- 06.03.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-47/23 Kommission / Deutschland (Verschlechterung der mageren Heuwiesen) – Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (Deutschland)
- 07.03.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-604/22 IAB Europe - Vereinbarkeit von Real Time Bidding – Standard mit der DSGVO
- 07.03.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-582/22 Die Länderbahn u. a. – Nachträgliche Überprüfung von Nutzungsentgelten für das DB-Eisenbahnnetz

- 07.03.2024 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-652/22 Kolin İnşaat Turizm Sanayi ve Ticaret – Öffentliches Vergabeverfahren
- 07.03.2024 Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in den verbundenen Rechtssachen C-771/22 HDI Global und C-45/23 MS Amlin Insurance – Insolvenz von Reiseveranstaltern

EuG

- 28.02.2024 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-390/20 Scandlines Danmark und Scandlines Deutschland / Kommission – Finanzierung der Festen Fehmarnbeltquerung
- 28.02.2024 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-364/20 Dänemark / Kommission – Finanzierung der Festen Fehmarnbeltquerung
- 28.02.2024 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-7/19 Scandlines Danmark und Scandlines Deutschland / Kommission – Finanzierung der Festen Fehmarnbeltquerung
- 06.03.2024 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-647/22 Puma / EUIPO --Handelsmaatschappij J. Van Hilst (Schuhe) – Markenrecht – Geschmacksmusteranmeldung
- 07.03.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-84/22 UBS Group u. a. / Kommission Kartellrecht – Markt für Devisengeschäfte („Forex“)

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 08.03.2024.

Abkürzungsverzeichnis

| Europäisches Parlament | |
|--|-------|
| Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) | EVP |
| Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament | S&D |
| Fraktion Renew Europe | RN |
| Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz | GRÜNE |
| Europäische Konservative und Reformisten | ECR |
| Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke | GUE |
| Fraktion Identität und Demokratie | ID |
| Fraktionslos | FL |
| EU-Mitgliedstaaten | |
| Belgien | BEL |
| Bulgarien | BUL |
| Dänemark | DNK |
| Deutschland | DEU |
| Estland | EST |
| Finnland | FIN |
| Frankreich | FRA |
| Griechenland | GRI |
| Irland | IRL |
| Italien | ITL |
| Kroatien | KRO |
| Lettland | LET |
| Litauen | LIT |
| Luxemburg | LUX |
| Malta | MTA |
| Niederlande | NDL |
| Österreich | AUT |
| Polen | POL |
| Portugal | PTL |
| Rumänien | ROM |
| Schweden | SWE |
| Slowakei | SLK |
| Slowenien | SLO |
| Spanien | ESP |
| Tschechische Republik | CZR |
| Ungarn | HUN |
| Zypern | CYP |
| Länder außerhalb der EU | |
| Vereinigtes Königreich | GBR |
| Vereinigte Staaten von Amerika | USA |